

Jugend-Check

Der Jugend-Check ist ein Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung. Mit ihm zeigt das Kompetenzzentrum Jugend-Check die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren auf.

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (Stand: 06.07.2026)

Ziel des Gesetzentwurfs sind Einsparungen beim Wohngeld sowie Verfahrensbeschleunigung und Vereinfachung des Prüfaufwands der Behörden.¹ Das Gesetz soll zum 1. Januar 2027 in Kraft treten, vgl. Art. 3 Gesetz zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes.

Zusammenfassung möglicher Auswirkungen

Das Kompetenzzentrum Jugend-Check hat folgende mögliche Auswirkungen identifiziert:

- Einsparungen im Bundeshaushalt sollen unter anderem dadurch erreicht werden, dass die Pauschalbeträge der dauerhaften Heizkostenkomponente des Wohngelds halbiert werden (§ 12 Abs. 6 WoGG). Zudem soll die Fortschreibung des Wohngeldes zum 1. Januar 2027 einmalig entfallen (§ 43 Abs. 11 WoGG). Die Gesetzesänderung führt zu einer Reduzierung der Wohngeldbeträge aller Haushalte im Wohngeldbezug.
- Von der Reduzierung des Wohngeldes sind gerade auch Familien oder Alleinerziehende mit geringen Einkommen betroffen. Sie könnten gezwungen sein, in eine günstigere und kleinere Wohnung umzuziehen. Für junge Menschen in diesen Familien könnte das bedeuten, dass sie aus ihrer vertrauten Umgebung gezogen werden. Die Unsicherheit über die Wohnungssituation könnte für sie zu seelischem Druck führen.
- Mit der Reduzierung des Wohngeldes könnte etwa ein Drittel der bisherigen Wohngeldbezieherinnen und -bezieher aus dem Wohngeld fallen, was insbesondere Familien betrifft, deren Einkommen aktuell knapp über der Einkommensgrenze der Grundsicherung liegt. Sie könnten dadurch in die Grundsicherung wechseln. Im Grundsicherungsbezug könnten Familien zum Umzug in eine günstigere Wohnung gezwungen sein. Zudem kann der Bezug der Grundsicherung mit Stigmatisierung verbunden sein, die Familien davon abhalten könnte, Leistungen der Grundsicherung anzunehmen, wodurch sich deren finanzielle Situation weiter verschlechtern könnte.

Betroffene Gruppen junger Menschen

Betroffen sind in der für den Jugend-Check relevanten Altersgruppe junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren, die in einer Familie leben, die Wohngeld bezieht. Besonders betroffen sind Familien, die bei einem Wegfall des Wohngeldes auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mehr als 1,2 Millionen Haushalte in Deutschland erhielten Ende 2024 Wohngeld.² Familien machen 44 Prozent der Wohngeldempfänger aus.³

Jugendrelevante Auswirkungen

Betroffene Lebensbereiche

☒ Familie, ☐ Freizeit, ☐ Bildung/Arbeit, ☐ Umwelt/Gesundheit, ☒ Politik/Gesellschaft, ☐ Digitales

Halbierung der Heizkostenpauschale und einmaliger Entfall der Fortschreibung des Wohngeldes

§§ 12 Abs. 6; 43 Abs. 11 WoGG

Die Beträge der zum Wohngeld gehörenden dauerhaften Heizkostenkomponente sollen halbiert werden, vgl. § 12 Abs. 6 Wohngeldgesetz (WoGG). Die dauerhafte Heizkostenkomponente dient neben der unveränderten Entlastung aufgrund der Co₂-Bepreisung der Entlastung bei den Heizkosten, vgl. § 12 Abs. 6 WoGG. Die Entlastungsbeträge bei den Heizkosten werden als Pauschalbeträge mit dem Wohngeld ausgezahlt.

Die turnusmäßige Fortschreibung des Wohngeldes zum 1. Januar 2027 soll einmalig entfallen, vgl. § 43 Abs. 11 WoGG.

Durch die geplanten Änderungen könnte zukünftig etwa ein Drittel⁴ der bisherigen Wohngeldempfängerinnen und -empfänger – und damit vor allem Personen, deren Einkommen knapp über der für die Grundsicherung relevanten Einkommensgrenzen liegen – Anspruch auf Wohngeld verlieren.⁵ Dadurch könnten junge Menschen, die in einem von Wohngeldzahlung abhängigen familiären Haushalt leben, in mehrfacher Hinsicht von den geplanten Änderungen im Wohngeldgesetz betroffen sein.

Hintergrund dafür ist zum einen, dass eine Neubemessung der Teilbeträge, die einen Teil des Wohngeldgesamtbetrages ausmachen und zu denen etwa die Heizkostenkomponente gehört, zunächst zu einer Reduktion des Wohngeldes führen würde. So sieht die Gesetzesänderung einerseits die Halbierung der Pauschalbeträge der Heizkostenkomponente für Wohngeld-Haushalte vor, die – je nach Haushaltsgröße – Kürzungen zwischen 48 und 98 Euro monatlich nach sich ziehen.⁶ Andererseits würde die geplante – selbst einmalige – Aussetzung der turnusmäßigen Fortschreibung des Wohngeldes bedeuten, dass eine kurzfristige Anpassung im Falle erhöhter Wohnkosten nicht erfolgen könnte, wodurch sich die Belastung für die Mehrkosten auf die Wohngeldempfänger verlagern würde. Bislang wurde das Wohngeld alle zwei Jahre an die Entwicklung der Wohnkosten angepasst.⁷ Im Jahr 2025 betrug der Anstieg der Wohnkosten beispielsweise 15 Prozent. Leistungsempfängerinnen und -empfänger konnten durch die turnusmäßige Anpassung durchschnittlich 30 Euro zusätzlich pro Monat erhalten⁸ – ein Teilbetrag, der durch das Entfallen der Anpassung an den aktuellen Wohnkostenanstieg eine zusätzliche Belastung für Haushalte, die vom Wohngeld abhängig sind, bedeuten würde. Die geplanten Änderungen könnten zur Folge haben, dass sich Familien ihre bisherige Wohnung – auch vor dem Hintergrund steigender Heizkosten⁹ – auf längere Sicht nicht mehr leisten können. Einerseits könnte sich für betroffene Haushalte, die den Einkommensverlust nicht aus eigenen Mitteln ausgleichen können, dadurch das Risiko für Mietschulden erhöhen. Betroffene Haushalte könnten andererseits aber auch auf einen Umzug in eine günstigere oder kleinere Wohnung angewiesen sein. Die Suche nach einer solchen Wohnung könnte in der Praxis zu Komplikationen führen, da es in Deutschland nach aktuellen Angaben an 1,4 Millionen Wohnungen, vor allem an bezahlbaren

Wohnungen und Sozialwohnungen, fehlt,¹⁰ wodurch sich der Druck auf betroffene Familien erhöhen könnte, der sich auch auf junge Menschen auswirken könnte. Aber auch ein Umzug könnte zur Folge haben, dass junge Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung gezogen werden, sich ihr Risiko für seelischen Leidensdruck erhöht¹¹ oder sie durch den Umzug in eine kleinere Wohnung an für ihre Entwicklung bedeutsamen Rückzugsmöglichkeiten verlieren.

Die Lebensumstände betroffener Haushalte und die damit einhergehenden spezifischen Bedingungen, unter denen junge Menschen aufwachsen, könnten sich zusätzlich verschärfen, wenn sie durch die Reduktion des Wohngeldes auf Grundsicherung angewiesen würden.¹² Dies könnte vor allem dann passieren, wenn die Reduktion des Wohngeldes auch den Entfall des Kinderzuschlags zur Folge haben würde, sofern dieser zusätzlich zum Wohngeld gezahlt wird. Der Anspruch auf den Kinderzuschlag hängt in solchen Fällen nämlich auch vom Wohngeld ab und wird nur gewährt, wenn beide Beiträge zusammen den Gesamtbedarf der Familie decken können.¹³ Diese Kombination ist besonders für Familien bzw. Alleinerziehende relevant, die durch Wohngeld und Kinderzuschlag ausreichend finanzielle Mittel zu haben, um nicht auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein.¹⁴ Wenn das Wohngeld jedoch reduziert wird und dadurch – selbst in Kombination mit dem Kinderzuschlag – der Gesamtbedarf einer Familie nicht gedeckt würde, wären die Betroffenen auf Grundsicherung angewiesen.¹⁵ Zwar garantiert die Grundsicherung die Deckung des Lebensunterhalts durch sogenannte Regelsätze, die die Kosten für Lebensmittel, Wohnen oder Kleidung sicherstellen sollen.¹⁶ Gleichzeitig entspricht sie einer vom Staat bereitgestellten Sicherung der Existenz, die sich auf den „notwendigen Lebensunterhalt“¹⁷ beschränkt und im Vergleich zum Wohngeld mit umfangreichen Mitwirkungspflichten und möglichen Sanktionen sowie geringeren finanziellen Gestaltungsspielräumen einhergeht.¹⁸ Eine Inanspruchnahme von Grundsicherung könnte für junge Menschen nicht nur zur Folge haben, dass die Familie sich eine günstigere oder kleinere Wohnung suchen müsste, die den mit der Einführung der Grundsicherung festgelegten Angemessenheitsgrenzen für eine Wohnkostenübernahme entspricht.¹⁹ Ein Wechsel in die Grundsicherung könnte weitere Einsparungen nach sich ziehen, die an anderer Stelle etwa im Bereich der Ernährung, Freizeitaktivitäten oder kulturellen Teilhabe zu Benachteiligungen führen.²⁰ Darüber hinaus könnten finanzielle Sorgen sowie Unsicherheit bezüglich der Wohnsituation zu psychischem Stress und Druck führen, welcher wiederum familiäre Konflikte begünstigen und sich auf das Zusammenleben in der Familie – und damit insbesondere auf das Wohlbefinden junger Menschen – auswirken können.²¹ Zudem kann der Bezug von Grundsicherung mit Stigmatisierung, Scham und Angst einhergehen, die wiederum zur Folge haben können, dass erst gar keine Grundsicherung beantragt wird.²² Dadurch könnte sich die Anzahl der in verdeckter Armut²³ lebenden Familien, die ggf. Anspruch auf Grundsicherung hätten, aber auf ihren Bezug verzichten, erhöhen. Für junge Menschen, die in verdeckter Armut leben, könnten sich prekäre Lebensumstände wie der Mangel an finanziellen Mitteln, soziale Ausgrenzung sowie Zukunfts- und Existenzängste²⁴ verfestigen, ohne dass ihnen genügend Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit zuteilwird.

- ¹ Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (06.07.2026), 1 f.
- ² Statistisches Bundesamt, „Rund 1,2 Millionen Haushalte bezogen am Jahresende 2024 Wohngeld“, Wohngeld, 24. April 2026, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Wohngeld/aktuell-wohngeld.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ³ Vgl. Nicole Kohnert, „Warum beim Wohngeld gekürzt werden soll“, Tagesschau.de, FAQ, 20. Juni 2026, <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/wohngeld-kuerzung-faq-100.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026; Vgl. Julia Hanigk, „Wohngeld-Kahlschlag der Merz-Regierung: 400.000 Haushalte fallen raus“, Merkur.de, 23. Juni 2026, <https://www.merkur.de/verbraucher/wohngeld-2026-bundesregierung-streicht-einem-drittel-der-empfaenger-die-zahlung-zr-94363889.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ⁴ Der Gesetzesentwurf selbst geht davon aus, dass circa 381.000 Haushalte aus dem Wohngeld fallen werden, wovon 143.00 Haushalte in die Grundsicherung wechseln. Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes, 74.
- ⁵ Vgl. Christoph Piekarz, Wohngeld-Kürzung: Jeder dritte Haushalt soll den Anspruch verlieren, Wohngeld.org, 20. Juni 2026, <https://www.wohngeld.org/wohngeld-kuerzung-jeder-dritte-haushalt-soll-den-anspruch-verlieren/>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ⁶ Die angegebenen Werte beziehen sich auf einen Haushalt mit bis zu sechs Haushaltsmitgliedern. Der Betrag für jedes weitere Haushaltsmitglied halbiert sich auf zwölf Euro. Vgl. § 12 Abs. 6 WoGG; Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes, 90.
- ⁷ Vgl. § 43 WoGG (geltendes Recht).
- ⁸ Vgl. Kohnert, „Warum beim Wohngeld gekürzt werden soll“.
- ⁹ Vgl. Sabrina Hansen, Heizkosten steigen 2025 weiter – Gründe und Lösungen, Heizung.de, 25. August 2025, <https://www.heizung.de/finanzielles/wissen/die-heizkosten-steigen-wieder-was-hilft.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹⁰ Vgl. „Dem Wohnungsmarkt steht ‚Sozial-Drama‘ bevor: Jüngere und Ältere werden immer mehr zu Verlierern“, Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Pressemitteilungen 2026, 15. Januar 2026, <https://igbau.de/Dem-Wohnungsmarkt-steht-Sozial-Drama-bevor.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹¹ Vgl. Christiane Fux, Depressionen: Wie belastend sind Umzüge für Kinder?, netDoktor, 6. August 2024, <https://www.netdoktor.de/news/depressionen-wie-belastend-sind-umzuege-fuer-kinder/>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹² Vgl. Gabriele Intemann, Sozialverbände kritisieren Verschärfung bei Grundsicherung, Tagesschau.de, 19. Februar 2026, <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/sozialverbaende-grundsicherung-100.htm>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹³ Vgl. Wohngeld und Kinderzuschlag: So geht beides, Leistungslosse, o. J., <https://leistungslosse.com/wohngeld/wohngeld-und-kinderzuschlag-so-sicherst-du-dir-deine-ansprueche>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹⁴ Vgl. Christoph Piekarz, Wohngeld-Kürzung könnte Familien und Rentner in die Grundsicherung führen, Bürgergeld.org, 21. Juni 2026, <https://www.buergergeld.org/news/wohngeld-kuerzung-koennte-familien-und-rentner-in-die-grundsicherung-fuehren/>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹⁵ Vgl. Piekarz, Wohngeld-Kürzung könnte Familien und Rentner in die Grundsicherung führen.
- ¹⁶ Vgl. Gerd Schneider und Christiane Toyka-Seid, „Existenzminimum/ Grundsicherung“, in Das junge Politik-Lexikon (Bundeszentrale für politische Bildung, 2026), <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320262/existenzminimum-grundsicherung/>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ¹⁷ Schneider und Toyka-Seid, „Existenzminimum/ Grundsicherung“.
- ¹⁸ Vgl. Bundesjugendring kritisiert Benachteiligung junger Menschen bei neuer Grundsicherung, Deutscher

Bundesjugendring, 9. Juni 2026, <https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendring-kritisiert-benachteiligung-junger-menschen-bei-neuer-grundsicherung>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026; Vgl. Neue Grundsicherung: Geplante Reform lässt Familien und Kinder im Stich!, Zukunftsforum Familie e.V., 24. November 2025, <https://www.zukunftsforum-familie.de/neue-grundsicherung-geplante-reform-laesst-familien-und-kinder-im-stich/>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.

- ¹⁹ Vgl. Bennet Sältzer, „Bürgergeld-Aus trifft Hunderttausende: Neue Wohnkosten-Regel ab Juli bringt Betroffene in finanzielle Not“, Merkur.de, 5. Juli, <https://www.merkur.de/verbraucher/betroffene-in-finanzielle-not-neue-grundsicherung-wohnkosten-regel-bringt-viele-zr-94380454.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ²⁰ Vgl. Kinder und Familien unterstützen – Maßnahmen gegen Kinderarmut priorisieren (Save the Children, 2025), 2–5, https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/2025/kinderarmut-umfrage-zusammenfassung-und-einordnung-januar-2025.pdf.
- ²¹ Vgl. „Armut gefährdet die psychische Gesundheit von Kindern“, Deutsches Jugendinstitut, Meldungen, 17. September 2024, <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/1474-armut-gefaehrdet-die-psychische-gesundheit-von-kindern.html>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ²² Vgl. Lisa Huppertz u. a., Nichtinanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen – Motive und Hintergründe Abschlussbericht (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, 2024), 115, <https://www.isg-institut.de/home/wp-content/uploads/ISG-Nichtinanspruchnahme.pdf>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ²³ Vgl. „Im toten Winkel des Sozialstaats“, Hans-Böckler-Stiftung, Böckler Impuls, 2006, <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-im-toten-winkel-des-sozialstaats-6338.htm>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.
- ²⁴ Vgl. Sandra Redegeld, „Eine Krise im Verborgenen: Kinderarmut in Deutschland“, UNICEF.de, Gut zu wissen, 9. Dezember 2025, <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/-/kinderarmut-deutschland/362522>, zuletzt abgerufen am 09.07.2026.